

Dr. Ariane Berger, Deutscher Landkreistag

- **Einbindung kommunalen Expertenwissens**

Die Umsetzung des Portalverbundes und die Digitalisierung der vom Bund avisierten rund 575 Verwaltungsleistungen kann nur gelingen, wenn das in den Kommunen vorhandene Expertenwissen jetzt erhoben wird. Die Kommunen verfügen über verschiedene eigene IT-Verfahren und Portalkomponenten, die zu identifizieren und einzubinden nur unter Beteiligung der Kommunen gelingen kann. Dies gilt sowohl für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen als auch für die Bereitstellung von Basiskomponenten für den Portalverbund.

- **Unmittelbare Anbindung der Kommunalportale**

Die Architektur des Portalverbundes muss eine unmittelbare Anbindung der Kommunalportale an den Portalverbund ermöglichen. Den Kommunen muss es freistehen, sich entweder unmittelbar durch ein eigenes Gateway auf kommunaler Ebene oder in bestehenden oder neu zu bildenden regionalen Zusammenschlüssen am Portalverbund zu beteiligen und damit ein eigenes Portal zu betreiben, oder sich in das jeweilige Landesportal einzubinden. Gerade starke kommunale IT-Verbünde erhalten derart die Möglichkeit, sich unabhängig von landespolitischen Entscheidungen jetzt in einen Portalverbund einzugliedern. Damit ließe sich der Prozess der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes beschleunigen und ein Stück weit von landespolitischen Unwägbarkeiten entkoppeln.

- **Aufbau des Portalverbundes „von unten nach oben“**

Auch ohne eine Einbindung in den vom Bund gesteuerten Umsetzungsprozess werden die Kommunen die Digitalisierung ihrer Verwaltungsleistungen und den Ausbau von Bürgerportalen vorantreiben. Hier bilden sich derzeit immer mehr regionale Zusammenschlüsse und starke interkommunale Anwendungen heraus. So hat der Landkreis Cochem-Zell jüngst das sogenannte Cochemer Modell ins Leben gerufen, wonach alle Kreise in Rheinland-Pfalz Bürgerportal und Servicekonto des Landkreises nutzen werden. Auch in anderen Bundesländern bilden sich derzeit starke kommunale IT-Verbünde heraus. So haben in Nordrhein-Westfalen Land und Kommunen ein gemeinsames „Modellprojekt digitales Baugenehmigungsverfahren“ ins Leben gerufen. Digitale Verwaltung entsteht ausgehend von der kommunalen Ebene. Ein Portalverbund, der diese Erkenntnis vernachlässigt, ist unreal.